

- Familien im Mittelpunkt
- Vorrang für Verbraucherschutz

Schleswiger Erklärung der CDU Schleswig-Holstein  
und der CDU-Fraktion im  
Schleswig-Holsteinischen Landtag

vom  
8. Februar 2008



# **FAMILIEN IM MITTELPUNKT**

1. Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren ausbauen
2. Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr einführen
3. Kinderfreibeträge nicht absenken – Kindergeld erhöhen
4. Kein Kind ohne Mahlzeit
5. Kinderschutz sinnvoll umsetzen
6. Kindertagesstätten zu Nachbarschaftszentren weiterentwickeln
7. Eltern und Familienbildung ausbauen
8. Lokale Bündnisse für Familien stärken
9. Aktive Seniorenpolitik stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft
10. Pflegesituation vor Ort verbessern

Die CDU Schleswig-Holstein setzt die Rahmenbedingungen, um **eine familiengerechte und kinderfreundliche Gesellschaft** zu gestalten.

Bei unserer Arbeit lassen wir uns vom christlichen Bild des Menschen und seiner unantastbaren Würde leiten. Wir bauen an einer Gesellschaft, die mit den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit die Schöpfung und **den Menschen als Ganzes im Blick** behält. Unsere Gesellschaft kann nur gelingen, wenn wir menschliches Miteinander pflegen. Niemand lebt für sich allein.

In der Familie suchen und finden Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Hilfe. Familie und Kinder bedeuten Freude, Glück und Zusammenhalt. In der Familie werden die Grundwerte unserer Gesellschaft von Generation zu Generation weitergegeben. Die Familie hat vielfältige Gesichter: Partner, Eltern, Kinder, Kindeskind, Geschwister, Großeltern, betreuende und betreute Angehörige. Selbst wenn sie räumlich getrennt sind, halten Familien zusammen und übernehmen **gegenseitige Verantwortung und Hilfe**.

So werden in unserer Politik **alle Phasen des Familienlebens** von der Erziehung bis hin zur Pflege von Angehörigen berücksichtigt. Die Leistungen der Familien für unsere älteren Mitmenschen verdient genauso Anerkennung wie die Erziehung von Kindern.

Das Leben der Familien und die Strukturen der Familien haben sich mit der Gesellschaft und der Wirtschaft weiterentwickelt. Das galt über die Jahrhunderte und das gilt gerade in den letzten Jahrzehnten. In diesem **Prozess** verändern sich auch gesellschaftliche Leitbilder für die Gleichberechtigung, für die Partnerschaft von Mann und Frau in der Ehe, für Alleinerziehende, für die Kindererziehung und für das Miteinander der Generationen.

Gerade in einer sich immer schneller verändernden Welt ist es unser Auftrag, die **Globalisierung menschlich und familiengerecht** zu gestalten. Dazu gehört auch, dass über Werte nicht nur geredet wird sondern dass sie gelebt werden.

## **1. Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren ausbauen**

In ihren Familien machen unsere Kinder die ureigenste Erfahrung menschlicher Zuwendung. Dort lernen und erleben sie die Grundregeln des Zusammenlebens, die Werte von Kultur und Religion, Gemeinschaft in Freude und Leid und tragen all dies später ihrerseits in unsere Gesellschaft hinein. Gesunde Rahmenbedingungen für die Familien sind deshalb eine zentrale Voraussetzung für eine menschliche Zukunft.

Die Großen Koalitionen in Berlin und Kiel fördern den Ausbau der **Betreuungsangebote für Kinder** im Alter unter drei Jahren. Für den erforderlichen Ausbau der Betreuungsangebote wird entsprechend der Verständigung auf Bundesebene eine Zielquote von 35% als Orientierungsrahmen bis zum Jahr 2013 vorgesehen. Dies entspricht einem zusätzlichen Angebot in Höhe von 17.000 Plätzen in Kindertageseinrichtungen (11.900) und Tagespflege (5.100). Der Bund stellt Schleswig-Holstein insgesamt 136,2 Mio. € bereit (74,2 Mio. € für Investitionen und ca. 62 Mio. € für Betriebskosten). Das Land wird alle Bundesmittel ungekürzt den Kommunen zur Verfügung stellen. Schleswig-Holstein beteiligt sich am Ausbau mit 113 Mio. € (46 Mio. € für Investitionen und 62 Mio. € für Betriebskosten sowie 5 Mio. € für den Ausbau der qualifizierten Tagespflege). Der qualitäts- und bedarfsorientierte Ausbau der Betreuung ist ein wichtiger Beitrag zur Innovationsfähigkeit unseres Landes, denn gute Kinderbetreuung und frühe Förderung ermöglichen Kindern echte Chancengleichheit in Bildung und Erziehung.

Durch den Ausbau der Infrastruktur wird in Zukunft jede Familie frei entscheiden können, ob sie ihr Kind zu Hause selbst betreuen möchte, ob eine Tagesmutter oder eine Kindertagesstätte diese verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen soll. Die CDU Schleswig-Holstein setzt sich daher dafür ein, die Erziehungsleistung von Eltern, die keine Leistungen der Kindertagesstätte in Anspruch nehmen, stärker als bisher mit einem **Betreuungsgeld** von 150 Euro zu honorieren. Dies ist ein Gebot der Gerechtigkeit und ein weiterer und entscheidender Schritt in Richtung Wahlfreiheit für junge Eltern. In keiner Weise geht es darum, Eltern, die ihr Kind zu Hause betreuen möchten, und Eltern, die nach einer Babypause wieder arbeiten möchten, gegeneinander auszuspielen. Beide Wege, Ausbau der Betreuungseinrichtungen für unter drei Jährige und Betreuungsgeld, sind keine Gegensätze, sondern gehören zusammen. Jede Familie kann und soll so selbst entscheiden, wie die Betreuung der Kinder in Zukunft organisiert werden soll.

## **2. Beitragsfreies letztes Kindergartenjahr einführen**

Kinder brauchen Kinder, um sich zu entfalten und soziale Tugenden zu lernen. Wir wollen auch deshalb den bedarfsgerechten Ausbau von Einrichtungen für Kinder aller Altersklassen, in denen diese auf Wunsch der Eltern flexibel und verlässlich betreut werden und die zugleich einen Beitrag zu Erziehung und Bildung leisten. Den Kindergartenbesuch wollen wir langfristig beitragsfrei anbieten; Voraussetzung ist eine solide und nachhaltige Finanzierung. Familien brauchen Entlastung und eine unterstützende soziale Infrastruktur. Damit Familien und Kinder sich gut entwickeln können, müssen Eltern und Kindertagesstätten, Schule und Jugendhilfe noch besser zusammenwirken. Die CDU fordert daher als Erstes die **Einführung des beitragsfreien letzten Kindergartenjahres ab August 2009**. Die zu erwartenden Kosten müssen durch Aufgabenverzicht und Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert werden. So kann deutlich werden, dass im Bereich der Familie der Schwerpunkt einer zukunftsorientierten Politik gelegt wird. Aber auch die Beteiligung aller Kräfte im Land ist entscheidend – das Land und die Kommunen sind gefordert.

### **3. Kinderfreibeträge nicht absenken – Kindergeld erhöhen**

Jeder Bürger in Deutschland hat ein Recht darauf, dass das **Existenzminimum** für sich und seine Kinder nicht versteuert werden muss. Das hat das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich klar gestellt. Sollte der nächste Existenzminimumbericht zu dem Ergebnis kommen, dass die Freibeträge angehoben werden müssen, so haben die Bürger auch einen Verfassungsanspruch darauf. Eltern müssen selbst entscheiden können, wie sie ihre Kinder fördern wollen.

Anhebung der Freibeträge entlaste natürlich alle Familien, auch die Leistungsträger der Gesellschaft. Deshalb ist es geboten, den Familien, denen es weniger gut geht, Entlastung durch eine **Erhöhung des Kindergeldes** zuteil werden zu lassen. **Deutschlands Zukunft liegt in der Förderung unserer Familien und nicht darin, bei Kinderfreibeträgen und Kindergeld zu sparen.**

### **4. Kein Kind ohne Mahlzeit**

Kein Kind darf aus materiellen Gründen von den Angeboten einer Ganztageseinrichtung ausgeschlossen bleiben. Dort, wo Eltern das Geld für das gemeinschaftliche Mittagessen fehlt und sie ihre Kinder deswegen nicht zum Ganztagsangebot anmelden, müssen adäquate Lösungen erarbeitet werden. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt daher ausdrücklich die praktikablen Initiativen vor Ort durch die Kirchen, Kommunen und Verbänden usw. sowie die Initiative der Landesregierung „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Eltern sind aber nach wie vor für die Ernährung ihrer Kinder verantwortlich und sollten angemessen an den Kosten der Mahlzeit beteiligt werden.

### **5. Kinderschutz sinnvoll umsetzen**

Recht und Pflicht zur Erziehung der Kinder liegen in erster Linie bei den Eltern. Der Staat kann und soll die Erziehungsleistung der Eltern nicht ersetzen. Er muss aber leicht zugängliche Angebote der Erziehungsberatung und -hilfe vorhalten und im Bedarfsfalle mit aufsuchender Elternarbeit Unterstützung leisten. Er muss darüber hinaus seiner Schutzpflicht Kindern gegenüber gerecht werden.

Die Aufnahme der Kinderrechte in unsere Verfassung ist abgeschlossen, das neue Kinderschutzgesetz ist auf den Weg gebracht. Wir erhoffen und erwarten nun, dass durch die Umsetzung die Situation nochmals verbessert wird und erschreckende Schlagzeilen der Vergangenheit angehören. Einen 100% Schutz kann es nicht geben, aber eine Vernetzung der frühen Hilfen und der staatlichen Stellen sowie das rechtzeitige Erkennen von Kindeswohlgefährdung geben notwendige Sicherheit. Was Eltern nicht leisten können, muss die Gesellschaft übernehmen damit die Kinder nicht im Stich gelassen werden. Gewalt gegen Kinder und ihre Verwahrlosung dürfen nicht hingenommen werden.

### **6. Kindertagesstätten zu Nachbarschaftszentren weiterentwickeln**

Die flächendeckende Weiterentwicklung von Kindertagesstätten ergibt sich zwingend aus den sich verändernden Lebensumständen von Familien. Dieses ist von den Trägern bereits erkannt worden – die CDU unterstützt die Mut machenden Ansätze vor Ort. Die niedrigschwelligen Angebote werden passgenau für die jeweilige Kindertagesstätte entwickelt und stellen einen Mehrwert für die vor Ort lebenden Familien dar.

Die CDU setzt sich zudem für eine intensive Zusammenarbeit von Familienbildungs- und Kindertagesstätten ein, um vorhandenes Know-how stärker für unsere Familien zu nutzen.

### **7. Eltern und Familienbildung ausbauen**

Da das Leben immer vielschichtiger wird, wird gerade Eltern- und Familienplanung immer wichtiger. Die Landesregierung hat bereits viele wichtige Schritte unternommen. Wir fordern, den Fortbestand der Familienbildungsstätten zu sichern, die Beratungs- und Hilfsangebote weiterzuentwickeln sowie das Angebot der Elternschulung und Elternberatung auszubauen.

### **8. Lokale Bündnisse für Familien stärken**

2003 wurden die lokalen Bündnisse für Familien vom Bund mit der Zielsetzung initiiert, familienfreundlichere Verhältnisse vor Ort zu schaffen. In der Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Landtagsfraktion durch die Landesregierung werden das Konzept und die Umsetzung der Bündnisse deutlich. Wir begrüßen ausdrücklich, wie groß und vielfältig die Beteiligung der Bündnispartner ist. Erfreulich ist auch die enge Vernetzung und Zusammenarbeit mit der örtlichen Jugendhilfe. Alle Bündnisse wollen familienunterstützend arbeiten und positive Lebensbedingungen für Familien schaffen. Die CDU fordert die Unterstützung der Bündnisse vor Ort durch die Kommunen; zudem setzen wir uns für jedes Bündnis für einen Betrag in Höhe von € 4000 im Jahr ein, der Kosten für Referenten, Telefon und Porto usw. abdeckt.

### **9. Aktive Seniorenpolitik stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft**

Unsere Gesellschaft wird immer älter – dies sehen wir aber nicht nur mit Sorge. Ältere Menschen mit ihrer **Lebenserfahrung** sind eine große Bereicherung für unsere Gesellschaft. Unsere aktive Seniorenpolitik trägt dazu bei, dass alle Generationen gemeinsam Platz im gesellschaftlichen Leben haben.

Familie ist nicht alleine die junge Familie mit kleinen Kindern oder Jugendlichen. Sie umfasst alle Generationen. Die **Generationenbeziehungen** zwischen Kindern, Eltern, Großeltern und Urgroßeltern sind heute wichtiger denn je und müssen gestärkt werden. Wir schätzen die solidarischen Leistungen von Familien über lange Zeiträume und unterstützen Familien auch in den späteren Lebensabschnitten.

Die CDU Schleswig-Holstein will eine noch **stärkere Begegnung** und Kommunikation **der Generationen** untereinander **in den Nachbarschaftszentren** und durch die neuen **Mehrgenerationenhäuser**. Diese Einrichtungen sind offene Tagestreffpunkte für Jung und Alt, in denen vielfältige Aktivitäten und Serviceangebote möglich sind. Mehrgenerationenhäuser werden geprägt von freiwilligem Engagement und Hilfe zur Selbsthilfe. Daneben sollen sie ein Netzwerk an Informationen – auch in professioneller Form – bieten. Die bereits vorhandenen Angebote für Jung und Alt können bedarfsgerecht miteinander verbunden und ergänzt werden. Die CDU unterstützt die Träger von Mehrgenerationenhäusern, die das Projekt über die Förderungshöchstdauer von fünf Jahren hinaus eigenständig fortsetzen können.

## **10. Pflegesituation vor Ort verbessern**

Eine gute und menschenwürdige Pflege von Bedürftigen ist ein Auftrag an uns alle. Wir erwarten, dass die geplante **Reform der Pflegeversicherung** zu einer weiteren qualitativen Verbesserung der Pflegesituation in Schleswig-Holstein führt. Wir wollen einen würdigen und menschlichen Umgang mit Demenzkranken und fordern eine flexiblere und zeitnahe Einstufung der Pflegebedürftigkeit. Dabei muss eine nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung durch **Kapitaldeckung** sichergestellt werden.

# VORRANG FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

1. Strompreiserhöhungen kartellrechtlich überprüfen – Wettbewerb stärken
2. Aufklärende Kennzeichnung von Lebensmitteln umsetzen
3. Lebensmittelsicherheit weiter verbessern
4. Verbraucherschutz im Internet fördern
5. Telefonwerbung einschränken

Verbraucherpolitik ist ein Kernanliegen der CDU Schleswig-Holstein. Sie ist eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Lebensbereiche der Bürger berührt. Durch die weltweite Globalisierung, den Klimaschutz, die Digitalisierung und die Liberalisierung der Versorgungsmärkte wachsen die Herausforderungen an die einzelnen Verbraucher. Entscheidungen werden zunehmend komplexer. Der Staat steht in der Pflicht, die Rahmenbedingungen für mündige Verbraucher zu schaffen – gerade im digitalen und finanziellen Verbraucherschutz, im Gesundheitsmarkt und der Produktsicherheit. Die **Verbraucherbildung** ist entscheidend für eine erfolgreiche Umsetzung. In der Schul- und Berufsbildung muss ein solides und grundlegendes Verbraucher-Grundwissen vermittelt werden.

- Eine **Verbraucherbevormundung lehnt die CDU grundsätzlich ab**. Leitbild und Ziel sind mündige und eigenverantwortliche Verbraucher, die ihre Entscheidungen vernünftig, aufgeklärt und somit kompetent treffen.
- **Wettbewerb und funktionierende Märkte sind** entscheidende Voraussetzungen für einen wirksamen **Verbraucherschutz**.
- **Verbraucherpolitik ist nicht der Gegensatz von Wirtschaftspolitik**, sondern Wirtschaftspolitik von der Nachfrageseite. Bewusste Verbraucher sind starke Gestalter der Wirtschaft und des Marktes.
- In unseren Schulen und Kindertagesstätten sollen einzelne **Themen der Verbraucherbildung** – wie z. B. nachhaltiger Konsum, Geld, Versicherungen, Werbung, Verbraucherrechte, Ernährung und Gesundheitsvorsorge – aufeinander abgestimmt **in die bestehenden Fächer** und durch Aktionen **integriert** werden.

## 1. Strompreiserhöhungen kartellrechtlich überprüfen – Wettbewerb stärken

Steigende Energiepreise belasten nicht nur die Wirtschaft sondern jeden einzelnen Verbraucher. Nicht immer sind die Energiepreiserhöhungen der großen Energiekonzerne durchsichtig oder zu rechtfertigen. Im Bereich der Gaspreise muss die Kopplung an die Heizölpreise und deren Entwicklung insbesondere mit Blick auf die starke Entwicklung des Euro hinterfragt werden. Bei den Strompreisen ist die Preisentwicklung ebenfalls zu kritisieren. Es darf nicht sein, dass Unternehmen über die Leipziger Energiebörse EEX ihren Strom liefern und die größtenteils unerklärlichen Preissteigerungen des Stroms nach Verlassen der EEX mit höheren Herstellernkosten begründen.

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt ausdrücklich die Ankündigung von Minister Dietrich Austermann, die vergangenen **Energiepreiserhöhungen kartellrechtlich** auf ihre An-

gemessenheit zu **überprüfen**. Aufgrund des unverminderten Anstiegs der Strompreise für alle Kundengruppen ist eine Intensivierung des Wettbewerbs auf dem Stromerzeugungsmarkt dringend geboten. Wichtige Voraussetzungen hierfür sind die **Verbesserung der Markttransparenz**, besonders der Strompreisbildung an der EEX, die Bereitschaft der Kunden zum Versorgerwechsel sowie die Erleichterung des Marktzugangs für neue, unabhängige Stromanbieter.

Mehr **Wettbewerb auf dem Energiemarkt** bedeutet **mehr Innovation und günstigere Strompreise**. Schleswig-Holstein hat bereits einen erfolgreichen Kurs eingeschlagen, in der Entwicklung und Anwendung **Erneuerbarer Energien** sind wir beispielhaft. Das gilt insbesondere für den Bereich der Windenergie – die gerade im Offshore-Bereich an Nord- und Ostseeküste eine große Zukunft hat. Ein weiterer Schwerpunkt liegt in Zukunft auf dem gesamten Komplex der **Biomasse** und auf dem Einsatz der Energiequelle **Wasserstoff**. Mit ihnen kann der Energie-Mix in allen Bereichen aufrechterhalten werden, um dauerhaft eine erfolgreiche Umwelt-, Beschäftigungs- und Energiepolitik zu sichern.

## **2. Aufklärende Kennzeichnung von Lebensmitteln umsetzen**

Nicht zuletzt die gerade veröffentlichte nationale Verzehrstudie hat gezeigt, dass durch mangelnde Bewegung, verändertem Ernährungsverhalten und veränderter Esskultur viele Menschen in Deutschland immer ungesünder leben. Neben Übergewicht nehmen auch Essstörungen wie Magersucht und Bulimie zu.

Die CDU Schleswig-Holstein fordert einen **koordinierten und ganzheitlichen Lösungsansatz** im Kampf gegen Fehlernährung, der sowohl Über- als auch Unter- und Mangelernährung berücksichtigt.

Wir brauchen zudem eine Stärkung der Verbraucherinformation beim Einkauf von Lebensmitteln durch klare und verständliche Kennzeichnung auf den Verpackungen, und zwar durch **Angabe der Gesamtkalorien** auf der Vorderseite. Die CDU Schleswig-Holstein fordert **statt** einer den Verbraucher entmündigenden **Ampelkennzeichnung eine aufklärende Kennzeichnung**. Die Diskussion um Übergewicht und mangelnde Bewegung – gerade bei Kindern – zeigt, dass das Wissen über die relevanten Inhaltsstoffe von Lebensmitteln verbessert werden müssen. In vielen Familien spielt das gemeinsame Essen kaum mehr eine Rolle und die Zubereitung frischer Nahrungsmittel ist ein Fremdwort. Stattdessen wird auf Fertiggerichte zurückgegriffen. Auf diese geänderten Lebensumstände muss mit mehr **Ernährungsinformation** reagiert werden.

Im Straßenverkehr ist die Ampelkennzeichnung unbedingt notwendig, aber bei Lebensmitteln ist sie nicht geeignet. Die Einteilung in „gute“ und „schlechte“ Nahrungsmittel ist der falsche Weg und nicht die richtige Antwort für einen ausgewogenen, selbst bestimmten Lebensstil. **Der Verbraucher braucht klare, nachvollziehbare Informationen** und keine Fernsteuerung. Nur vereinzelt wird die Ampelkennzeichnung in Großbritannien verwendet, von einer flächendeckend erfolgreichen Vermarktung kann nicht die Rede sein. Vielmehr ziehen britische Supermärkte die Ampelkennzeichnung zurück, denn die englische Bevölkerung hat trotz dieser Kennzeichnung stärker mit Übergewicht zu kämpfen als je zuvor.

Eine Kennzeichnung kann immer nur zusätzliche Hilfestellung sein. Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt daher die Ankündigung von Bundesminister Horst Seehofer, einen **Leitfaden für erweiterte Nährwertinformationen** auf Lebensmittelpackungen mit dem Ziel

zu entwickeln, in den nächsten drei Jahren flächendeckend die **zentralen Informationen** auf der Packung anzugeben. Wichtig ist ein **einheitliches System** mit leicht verständlichen Angaben. Dabei ist der **Brennwert in Bezug auf die Portion und bezogen auf die empfohlene Tagesration auf der Vorderseite der Packung** anzugeben. Hier ist auch die Beteiligung der Lebensmittelwirtschaft gefragt. So kann auch ein weiterer Anreiz zur Entwicklung innovativer Produkte, z.B. mit einem geringeren Kaloriengehalt, gegeben werden.

Aufgrund des europäischen Binnenmarktes führt eine solche Regelung nur dann zu umfänglichen Verbesserungen, wenn sie auch **EU-weit normiert** sind. Deshalb fordern wir den Bund auf, sich in Brüssel für eine entsprechende Regelung einzusetzen.

### **3. Lebensmittelsicherheit weiter verbessern**

Der Verbraucherschutz ist bei der Lebensmittelsicherheit weiter zu verbessern. Die **Schutzinteressen** der Verbraucher **haben Vorrang vor anderen Interessen**.

Die **Fortentwicklung der Qualitätssicherung** steht ganz oben auf der Agenda: Die vorhandenen Sicherungssysteme, z.B. „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ sind weiter ausbaufähig. Alle Prozesse der Qualitäts- und Produktüberwachung vom lebenden Tier bis zur Verkaufstheke sind zu optimieren. **Die inhaltliche Verbesserung der Überwachungssysteme soll stärker risikoorientiert gestaltet werden.**

Grundsätzlich besteht keine absolute Sicherheit für Lebensmittel. Auch künftig werden Straftaten und Skandale die Öffentlichkeit beschäftigen.

Es geht daher um eine **Optimierung der staatlich möglichen Maßnahmen** im Verbund mit der Land- und Ernährungswirtschaft. Die Kontrollen müssen so dicht gezogen werden, dass für kriminelle Machenschaften kein Durchschlupf bleibt. Dies ist Aufgabe der Bundesländer. Schleswig-Holstein hat aus den jüngsten Fleischskandalen gelernt und wird mit der Bundesregierung (Seehofers 10-Punkte-Programm) den Verbraucherschutz weiter voranbringen.

### **4. Verbraucherschutz im Internet fördern**

Die Angebote im Internet sind nahezu grenzenlos aber vielfach sind Kaufabschlüsse für die Verbraucher zu unübersichtlich. Die CDU Schleswig-Holstein fordert daher, dass **Anbieter und Verbraucher auf Augenhöhe** miteinander Käufe tätigen können. Verbindliche Vorgaben für mehr Transparenz, z.B. durch Preisangabefenster, gesetzliche Regelungen, die das so genannte „Handshake-Verfahren“ – eine nochmalige Bestätigung – verpflichtend machen sowie eine Sensibilisierung der Verbraucher könnten erste Handlungsschritte sein.

### **5. Telefonwerbung einschränken**

Telefonwerbung belästigt nicht nur viele Bürger, sondern hat oft auch unangenehme Folgen. Gerade ältere Mitbürger fallen häufig auf angebliche Gewinnspiele herein oder sehen sich nach einer entsprechenden Telefonwerbung mit angeblich fernmündlich geschlossenen Verträgen konfrontiert. Deshalb begrüßt die CDU Schleswig-Holstein, dass die Bundesregierung nun die Forderung der CDU umsetzen möchte: Das Bußgeld für unerlaubte Telefonwerbung wird z.B. heraufgesetzt und das Widerspruchsrecht auf Gewinnspiele ausgeweitet.